



Group of the Progressive Alliance of
Socialists & Democrats
in the European Parliament

European Parliament
Rue Wiertz 60
B-1047 Bruxelles
T +32 2 284 2111
F +32 2 230 6664
www.socialistsanddemocrats.eu

S&D Positionspapier

Eine progressive und geschlechtergerechte Antwort auf die Corona-Krise

Die globale und europäische Gesundheits- und Wirtschaftskrise, die durch den Ausbruch von COVID-19 hervorgerufen wurde, zeigt die Grenzen und Widersprüche unserer Gesellschaft und unserer sozialen und wirtschaftlichen Systeme auf und vertieft bestehende Ungleichheiten. **Aus der Beobachtung und Analyse vorheriger Krisen wissen wir, dass Frauen oft besonders betroffen sind, während sie gleichzeitig zentral für den Weg aus der Krise sind. Frauen sind von den Auswirkungen besonders betroffen, jetzt und auf lange Sicht.**

Frauen sind an vorderster Front der COVID-19 Pandemie: In Berufen, in denen Menschen dem Virus besonders ausgesetzt sind, sind Frauen überproportional vertreten: Sie arbeiten in Krankenhäusern, Geschäften, noch geöffneten Schulen und Pflegeheimen. **70% der weltweiten Gesundheits- und Sozialarbeiter*innen wie Ärzt*innen, Krankenhauspersonal und Pflegekräfte sind Frauen. Auch Angestellte in Lebensmittelgeschäften und Reinigungskräfte sind mehrheitlich Frauen, die zudem oft nur den Mindestlohn erhalten.** Diesen Arbeiter*innen an vorderster Front, für die den empfohlenen Abstand zu halten oft schlicht unmöglich ist, und die damit das erhöhte Risiko tragen, Familienmitglieder anzustecken, verdanken wir es, dass unser Wirtschafts-, Sozial- und Gesundheitssystem, unser öffentliches Leben und damit wesentliche Aktivitäten erhalten bleiben. **Gleichzeitig sind Frauen aufgrund der vorhandenen gläsernen Decke selten an Entscheidungen in diesen Bereichen beteiligt.**

Frauen und Mädchen sind jetzt noch stärker von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen: Zahlen aus mehreren Mitgliedstaaten zeigen, dass die Fälle von Gewalt gegen Frauen während der gerade herrschenden Ausgangssperre erheblich gestiegen sind (bspw. + 30% in Frankreich). **Für Frauen, die in Beziehungen leben, in denen sie von ihrem Partner missbraucht werden, kann es genauso gefährlich sein, auf Grund der Kontakt- und Ausgangssperren zu Hause zu bleiben wie sich mit dem Virus zu infizieren.** Femizide zählen nicht zur offiziellen Todesstatistik von COVID-19, dabei sind sie mit dem Ausbruch, und den in diesem Zeitraum ergriffenen Ausgangsbeschränkungen verknüpft. Darüber hinaus haben Frauen aufgrund des **eingeschränkten Zugangs zu Hilfsdiensten**, wie Frauenhäusern und Beratungsstellen, die derzeit von Schließungen bedroht sein können, kaum Möglichkeiten, sich Hilfe zu suchen. Zusätzliche finanzielle Engpässe nach dieser Krise werden es außerdem erschweren, einen gewalttätigen Partner zu verlassen.

Frauen tragen das Risiko eines eingeschränkten Zugangs zu Verhütungsmitteln, Geburtsvorsorge und -nachsorge sowie zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen: Aufgrund der außergewöhnlichen Situation in den Gesundheitssystemen und der zunehmenden Einschränkung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen und Güter besteht für Frauen **die Gefahr, das Grundrecht auf den Zugang zu zahlreichen Gesundheitsdiensten zu verlieren.** Hinweise aus früheren Epidemien (einschließlich Ebola und Zika) deuten darauf hin, dass Bemühungen zur Eindämmung von Ausbrüchen häufig Ressourcen von routinemäßigen Gesundheitsdiensten abziehen, einschließlich prä- und postnataler Gesundheitsversorgung und häufig **den bereits eingeschränkten Zugang zu sexuellen und reproduktiven Gesundheitsdiensten verschärfen.** Zudem beobachten wir in einigen Mitgliedstaaten konkrete Versuche, das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche abzuschaffen. Insbesondere Jugendliche benötigen aber einen niedrigschwelligen Zugang. Zu den kritischen Bedürfnissen zählt außerdem der Zugang zu einer sicheren **Geburt**, insbesondere bei Komplikationen, die Verfügbarkeit von **Verhütungsmitteln** und die medizinische **Versorgung im Falle von Vergewaltigungen.**

Frauen leisten bereits in normalen Zeiten den Hauptteil unbezahlter Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeit. Die Krise droht diesen Anteil weiter zu erhöhen: Da Schulen und Kindergärten geschlossen sind, Kinderbetreuung und Unterricht zu Hause erforderlich sind und ältere Verwandte Hilfe bei Besorgungen benötigen, sind Frauen noch größeren emotionalen, mentalen und sozialen Belastung ausgesetzt. **Die Vereinbarkeit von Homeoffice und familiärer Verantwortung, die nicht nur Frauen vorbehalten sein sollte, führt zu einer zusätzlichen Belastung,** insbesondere für Alleinerziehende, die in der EU hauptsächlich Frauen sind (85%). Dies kann für Frauen, im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen, zu schlechteren Arbeitsleistungen führen. Wenn wiederum, Unternehmen ihre Arbeit nach den Kontaktsperren wieder vollständig aufnehmen, kann dies von entscheidender Bedeutung für ihre weitere Karriere sein. Da die Wiederaufnahme wahrscheinlich nur schrittweise erfolgt, können viele Arbeitsplätze verlorengehen oder die Arbeitszeit reduziert werden, wie es bereits in früheren Krisen zu beobachten war. **Dies, und die langfristigen Auswirkungen dieser Krise, werden Frauen aufgrund der geschlechtsspezifischen sozialen Zuordnung in Bezug auf die Pflege- und Betreuungsarbeit höchstwahrscheinlich wieder stärker treffen.** In allen bisherigen Krisen erholten sich Sektoren, in denen mehr Männer als Frauen arbeiten, außerdem früher als die in denen vorrangig Frauen arbeiten.

Die Geschichte zeigt uns: Vor allem Frauen werden wirtschaftlich stark betroffen sein: Angesichts des drohenden wirtschaftlichen Abschwungs werden besonders benachteiligte Frauen langfristig besonders von den wirtschaftlichen Folgen der Krise betroffen sein: unter anderem insbesondere alleinerziehende Mütter, Frauen mit Migrationshintergrund sowie Frauen mit niedrigem Einkommen und prekären und Teilzeitarbeitsplätzen. Für sie ist das Risiko für Armut, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung oder Obdachlosigkeit besonders hoch. Dies war bereits in der Krise von 2008 der Fall. Wir müssen daher jetzt sicherstellen, dass wir diesmal anders und rechtzeitig reagieren, um das Schlimmste zu verhindern. Es gibt daher einen berechtigten Grund zur **Besorgnis über schwere Arbeitsplatzverluste in von Frauen dominierten Berufen** - viele Frauen arbeiten bereits jetzt unter prekären Bedingungen, die sich nun weiter verschärfen: Sie werden nicht bezahlt, wenn sie nicht arbeiten, haben keinen Anspruch auf bezahlten Krankenurlaub oder Zugang zur Arbeitslosenversicherung, was wiederum die geschlechtsspezifische Kluft in den Renten vertiefen wird.

Die unverhältnismäßige Belastung der Frauen während und nach dieser Pandemie erfordert einen progressiven und geschlechtsspezifischen Ansatz für sofortiges und langfristiges Handeln auf nationaler und EU-Ebene.

Daher fordert die Fraktion der Sozialist*innen und Demokrat*innen im Europäischen Parlament:

Sofortige geschlechtergerechte Maßnahmen:

- Die Gewährleistung **sofortiger und gezielter öffentlicher Investitionen**, um den Bedürfnissen der **Mitarbeiter*innen des Gesundheitsbereichs**, wie der Bereitstellung von Schutzausrüstung einschließlich Sanitärprodukten, gerecht zu werden;
- Die Einbeziehung von Expertise und Erfahrung beider Geschlechter bei der Bewältigung der Krise: bei Entscheidungen, die Frauen betreffen, müssen Frauen gleichberechtigt mitentscheiden.
- Sicherstellung der **Unterstützung und Verfügbarkeit von Beratungsnummern, digitalen Plattformen und Apps, Rechtskliniken und Unterkünften für Frauen, die geschlechtsspezifischer Gewalt ausgesetzt sind**, unter Verwendung von Best-Practice-Beispielen (wie Apothekennetzwerken, Online-Bewerbungen); Bereitstellung **geschlechtsspezifischer Schulungen für Pflegepersonal** und Durchführung von **Sensibilisierungskampagnen für das erhöhte Risiko der geschlechtsspezifischen Gewalt**, einschließlich Informationen über angemessene verfügbare Unterstützungsdienste. Sicherstellung von **Notfallmitteln für Organisationen der Zivilgesellschaft, einschließlich von Frauenhäusern**, zur Unterstützung von Betroffenen von Gewalt oder von Frauen, die Hilfe benötigen; Gewährleistung des Zugangs zu Justiz und Polizeischutz für betroffene Frauen;
- Gewährleistung des **Zugangs zu qualitativ hochwertiger medizinischer, psychologischer und sozialer Versorgung für alle Frauen, einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte (SRHR)**, wie Notfallverhütung, Schwangerschaftsabbrüche und Hygieneartikel, einschließlich flexibler Lösungen für die Online-Beratung und elektronischen Bescheinigungen. Alle **Gesundheitsdienste im Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt** müssen verfügbar, angemessen besetzt und mit den erforderlichen Ressourcen ausgestattet sein. Alle Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, es **Gegnern der sexuellen und reproduktiven Rechte unmöglich zu machen, diese Krise als Kanal zur Einschränkung der Rechte von Frauen**, wie zum Beispiel des Rechts auf Abtreibung, **zu missbrauchen**;
- Erweiterte Rechte auf **bezahlten Urlaub, Homeoffice, Kurzarbeit** und verbesserten sozialen Schutz für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit; Einrichtung von **sozioökonomischen Sicherheitsnetzen für Frauen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder mit prekären Verträgen**; Schutz vor Räumung und flexible Lösungen hinsichtlich der Verschiebung von Zahlungen für Miete, Strom, Wasser usw.;
- **Unterstützung kleiner und mittelständischer, von Frauen geführter, Unternehmen** während und nach der Krise;
- Gewährleistung des Zugangs zu **kostenloser Kinderbetreuung für alle Eltern und Familienkonstellationen, die in systemrelevanten Diensten arbeiten**, und verstärkte Unterstützung für Familien, die sich um Familienmitglieder mit Behinderungen kümmern;
- Bereitstellung von Diensten für **Migrantinnen und obdachlose Frauen**, insbesondere für diejenigen, die derzeit von Einrichtungen abgewiesen werden, und Erhöhung der Mittel, um die Risiken für Frauen in **überfüllten Aufnahmezentren**, wie beispielsweise **sexuelle Gewalt**, der sie in einigen Fällen ausgesetzt sind, zu verringern;
- Gezielte **Maßnahmen für Frauen mit Behinderungen und ältere Frauen**, die nur eingeschränkten oder keinen Zugang zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen haben; und für **Frauen mit psychischen Problemen**, wie Angstzuständen, Einsamkeit und Depressionen;

- Zugang zu **Bildung für alle Kinder und vor allem Mädchen**, da diese besonders durch Schulschließungen während vorheriger Pandemien betroffen sein können;
- **Weltweite Unterstützung von Frauen und Mädchen**, die auch außerhalb Europas am meisten von der Krise betroffen sind. Sicherstellen, dass jedwede finanzielle Unterstützung für Partnerländer zur Krisenbewältigung, auch Mädchen und Frauen im Blick haben müssen, um den Zugang zu sexuellen und reproduktiven Rechten sicherzustellen, Kinderarbeit zu verhindern und die Autonomie von Frauen und Mädchen auch während der Ausgangssperren weltweit sicherzustellen.

Geschlechtergerechte Maßnahmen auf lange Sicht:

- Die Anwendung von Gender Mainstreaming in allen Bereichen der Strategie für den Weg aus der Krise, einschließlich der Wirtschaftsstrategie, ist von zentraler Bedeutung
- **Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen in stark von Frauen dominierten Sektoren** wie Pflege, Gesundheit und Vertrieb, damit Frauen nicht nur in Krisenzeiten das bekommen, was sie verdienen; die **Segregation auf dem Arbeitsmarkt sowie die Lohn- und Rentenlücke** müssen durch strukturelle und rechtlich verbindliche Maßnahmen geschlossen werden, die keine krisenbedingten, einmaligen Prämienzahlungen sind, und Frauen müssen immer Teil der Lösung sein, wie beispielsweise in der Forschung oder der technischen Entwicklung;
- Ermöglichung einer gerechteren Vertretung von Frauen in Entscheidungsprozessen in der Politik sowie in Unternehmensvorständen durch Quoten, reservierte Plätze und das Reißverschlussystem, da dies dazu beiträgt, die langfristigen Auswirkungen der Pandemie auf Frauen abzuschwächen;
- Aufschlüsselung der Auswirkungen der Krise nach Geschlecht, um unsere Gesundheits-, Sozial- und Wirtschaftspolitik auf geschlechtsspezifische Qualitätsdaten zu stützen, da wissenschaftliche Erkenntnisse geschlechtsspezifische Auswirkungen bereits während früherer Krisen sichtbar machten;

Es ist entscheidend, dass Frauen bei der Beantwortung der Krise nicht vergessen oder zu spät einbezogen werden.

Die COVID-19-Pandemie erhöht die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und erfordert daher angemessene geschlechtsspezifische Lösungen.